

Es gilt das gesprochene Wort!

## TOP 18 – Strommarkt braucht eindeutige Wettbewerbsregeln

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

## Energiepreise:

### Den Monopolisten geht's an den Kragen

Endlich, muss man sagen, endlich wird in Deutschland der Energiemarkt reguliert. Damit wird endlich eine alte energiepolitische Forderung der Grünen umgesetzt in einer Zeit, in der die Presse überquillt von Meldungen über beabsichtigte Preiserhöhungen im Sektor Strom und im Sektor Gas, Preiserhöhungen von zehn Prozent und mehr. Es entsteht dabei der Eindruck, als wolle die Energiewirtschaft ihre Monopolstellung vor der neuen Gesetzgebung noch mal so richtig ausnutzen, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

In dem Gesetzentwurf zum Energiewirtschaftsgesetz drückt sich der neue Geist schon ganz zu Anfang aus. Dort heißt es:

*„Zweck des Gesetzes ist eine möglichst sichere, preisgünstige, **verbraucherfreundliche** und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas.“*

Verbraucherfreundlich, das ist ebenso neu wie notwendig.

Wenn ich von Monopolmissbrauch rede, ist das nicht Rhetorik sondern Tatsachenbeschreibung. Die von der Kohlregierung bzw. dem damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexroth verantwortete Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) kam nur auf Druck der EU zustande und wurde so umgesetzt, dass das Gegenteil von mehr Markt, mehr Transparenz, mehr Verbraucherfreundlichkeit herauskam.

Hauptinstrument dabei war und ist noch immer der Missbrauch des natürlichen Monopols, nämlich der Höchstspannungs- und Verteilnetze. Das Zauberwort heißt „verhandelter Netzzugang“. Dabei wird der Zwerg zum Riesen geschickt mit der Bitte „mach mir doch etwas Platz“ und der Riese denkt selbstverständlich weiterhin „Selber essen macht fett.“

Die Liberalisierung des Strommarktes hat nicht zu freiem Wettbewerb geführt. Das Gegenteil ist der Fall. Wir beobachten eine beispiellose Konzentration: Preussen Elektra und Bayernwerke sind zu e.on fusioniert. HEW, BEWAG und andere sind zu Vattenfall Europe fusioniert. Stadtwerke und Unternehmen aller Art der Ver- und Entsorgungswirtschaft werden systematisch von den alten großen Energieversorgern aufgekauft.

Die Gewinne steigen statt zu fallen. Dies entspricht nicht dem, was man in wettbewerblich organisierten Märkten erwarten müsste. Die Gewinne in der Energiewirtschaft steigen zweistellig, RWE letztes Wirtschaftsjahr über 30 Prozent. Die Kriegskassen sind von diesen Gewinnen und den Atomrückstellungen knackvoll.

Die Preise sanken nur kurzzeitig auf der Erzeugerseite und steigen wieder bis zu den bereits erwähnten Gelüsten, die Preise jetzt noch mal so richtig satt zu erhöhen. Vor dem Bundeskartellamt sind Dutzende Verfahren anhängig. Das Ganze klebt der Volkswirtschaft wie Teer an den Schuhsohlen.

Das Interessante ist dabei auch, das dieses Ergebnis von der Partei zu verantworten ist, die nach eigener Einschätzung soviel von Marktwirtschaft versteht. Die FDP und ihr damaliger Wirtschaftsminister sind die Erfinder des verhandelten Netzzuganges, ein weltweit einmaliges und wie es aussieht auch letztmaliges Modell.

Hintergrund der Energiepolitik ist auch eine Verflechtung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft wie in keinem anderen Sektor der Volkswirtschaft. Die Energiewirtschaft ist Auffangbecken für Bürgermeister, Landräte, Minister, Ministerpräsidenten, Staatssekretäre, EU-Kommissare vor allem der großen Volksparteien, gelegentliche FDP-Karrieren bestätigen mitunter die Regel.

Durch ständige Wiederholung von Unwahrheiten soll die Wirklichkeit zugekleistert werden. Das überhöhte Preisniveau in Deutschland hat aus der Sicht der miteinander verflochtenen Interessenträger selbstverständlich nur mit Kraft-Wärme-Kopplung-Gesetz, Ökosteuer und Erneuerbare Energien Gesetz zu tun, aber doch nichts mit überhöhten Netznutzungsentgelten zu tun. Da kann unser Preisniveau noch so sehr über dem europäischen Vergleich liegen, da kann man noch so seriös die EEG-Kosten vorrechnen.

Der neue Gesetzentwurf der Bundesregierung ist wesentlich umfangreicher geworden. Es ist in seinen Regelungen präziser und zwingend. Lesen Sie nur einmal das Kapitel Entflechtung. Es wird nicht nur eine rechtliche Verflechtung gefordert, sondern auch eine operationelle Entflechtung von Netzbetrieb, Erzeugung und Handel verlangt bis hin zu Regelung wie mit Informationen, also wirtschaftlich sensiblen Daten aus dem Netzbetrieb, umzugehen ist.

Wir, die Regierungskoalition in Schleswig-Holstein, streben eine Preiskontrolle ex ante an, also die Kostenanerkennung bzw. Preisgenehmigung im Vorhinein.

Es kommt wesentlich auch auf die eindeutige Definition des Netzzuganges und der Netznutzungsentgeltbestimmungen an wie im Abschnitt 3 des Gesetzentwurfes geregelt. Der Netzzugang wird in einer Strom-Netzzugangsverordnung und einer Stromnetzentgeltverordnung geregelt. Entscheidend ist, dass Gewinne nicht mehr als Kosten ausgewiesen werden können und dürfen.

Wir brauchen die rationellste Form der Energieerzeugung und Verteilung um die ökologischste Form der Energiebereitstellung zu ermöglichen. Hohe Preise dürfen allenfalls der Abbildung bisher nur unzulänglich erfasster externer Kosten – sprich Umwelt und Ressourcenverknappung – geschuldet sein, hohe Preise dürfen nicht länger Großkonzerne mästen.

Rot-Grün in Berlin ist auf dem richtigen Weg, aber das Bessere ist der Feind des Guten. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

\*\*\*